

Ebbe im Geldbeutel ist bereits absehbar

Energiepolitik: „Lasten der Zukunft“ und „Gaspreisbremse soll sozial sein“, FR-Meinung und -Wirtschaft v. 28.10. u. 1.11.

Noch mehr Atommüll dank der Lindner-FDP

Die Angst geht um – und wird kräftigst geschürt, u.a. von der AfD. Aber auch die Lindner-FDP hat mit ihrem Kampf für die AKW-Betreiber mächtig geworben und das Schreckgespenst Stromausfall wiederholt leuchtend auf den Bildschirm gebracht. Was ist da dran? Wie groß ist die Gefahr, um nicht zwei Prozent, sondern nunmehr vier Prozent von den maroden AKW zu holen und Atommüll zu produzieren?

Vor vielen Jahren habe ich von Fachwissensträgern erfahren: Jedes Jahr wird in Deutschland der höchste gemessene, tatsächliche Stromverbrauch pro Tag (24 Stunden) im alten Jahr der Ermittlung des weiteren Strombedarfs im neuen Jahr zugrunde gelegt, zuzüglich 50 Prozent Sicherheit im Vergleich zum niedrigsten Stromverbrauch pro Tag. So wurde gemessen: höchster gemessener Tagesverbrauch am 23. Januar 2019, der niedrigste, weniger als halb so viel, im April 2019.

Und jetzt kommt's. Das sind echte Tagesverbrauchswerte. Zur Disposition des zukünftigen Bedarfs je Tag/Jahr wird dieser höchste Tagesverbrauch mindestens um das 1,5-Fache zur Versorgungssicherheit erhöht. Also: Höchster Tagesstromverbrauch im vergangenen Jahr plus 50 Prozent ergibt den rechnerischen Bedarf aller Tage im ganzen weiteren Jahr. Im Jahresschnitt ist das ein Zuschlag von etwa 100 Prozent auf den mittleren Tagesstrombedarf. Also das durchschnittliche Doppelte dessen, was im Mittel voraussichtlich an Strom gebraucht wird. Und am verbrauchsmeisten Tag bleibt uns sowieso der o.a. 50-prozentige Sicherheitszuschlag.

Das nur als Hintergrund dazu, dass dank FDP (und AfD) wieder noch mehr Atommüll

produziert wird für mehr als eine Million Jahre
Hans-Karl Ortman, Hofheim a.T.

Lieber nicht regieren als falsch regieren

Nicht nur diese Ankündigung (Doppelwumms) ist eine Lachnummer, wenn es nicht um die finanzielle Existenzsicherung und Versorgung großer Bevölkerungsteile ginge.

Erdgas: Deckelung des Preises ab 1.3.! Warum nicht sofort? Auf zwölf Cent je kWh für 80 Prozent des Verbrauchs, Referenzmonat September 22! Wer heizt denn bereits im September oder verbraucht nennenswerte Mengen Heißwasser in diesem Monat? Bei uns sind es weniger als 20 Prozent eines Monats wie Dezember bis Februar. Warum wird September ausgewählt? Erstattungsanzahlung angeblich im Dezember, für Mehrfamilienhäuser jedoch erst mit der Nebenkostenabrechnung 22, also meist erst im April 23, wenn es schlecht läuft auch erst im Juni/Juli. Dann ist im Geldbeutel noch mehr Ebbe als vorher schon oder sie sind bereits pleite und/oder benötigen einen anderen „Deckel“. Ähnlich wird es beim Strom ausgehen, Erdöl- und Pelletsverbraucher werden erst bis dato gar nicht auserkoren. Warum nicht?

Ja, Herr Lindner, dass nenne ich Tatsachenverschleierung und Sie – die FDP – hätten besser nicht anstatt falsch regiert.

Jürgen von Scheven, Arnsberg

Es ist nicht Aufgabe von Politik, uns zu erziehen

Gewöhnlich bekommen wir Bürgerinnen und Bürger Anreize gesetzt, möglichst viel zu konsumieren. Bei Bedarf hilft die Politik nach, z.B. mit Steuererleichterungen. Bei Hartz-4-Empfänger*innen ist es umgekehrt. Sie bekommen Anreize gesetzt,

möglichst wenig zu konsumieren. Ihnen drohen Strafen, wenn sie zu viel konsumieren. Eigentlich ist es nicht Aufgabe der Politik, pädagogisch an uns tätig zu werden.

Nun also Anreize, Strom und Gas zu sparen. Es wundert nicht, dass dieselbe Gängelmethode Anwendung finden soll. Dies belegt, dass das Wirtschaftssystem permanenten Wachstums, also auch eines überhöhten Konsums, zur Verschärfung von Krisen beiträgt. Natürlich müssen wir uns einschränken, Energie sparen, weniger konsumieren. Diese Verantwortung sollten wir selbst in die Hand nehmen, statt auf Anreize zu reagieren. Und die Politik sollte die Verantwortung dafür übernehmen, sich durch ein alternatives Wirtschaftssystem unabhängig von autoritären Staaten und profitorientierten Konzernen zu machen.

Natürlich sollten wir nachsichtig mit der Ampelkoalition sein, die den Mist einseitiger Abhängigkeiten und neoliberalen Unsinn der letzten Jahrzehnte auszubügeln versucht. Aber es ist dringend geboten, die alte Wirtschaftsnormalität, grundsätzlich infrage zu stellen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit?

Am Ende des Artikels steht: Nicht durchsetzen konnte sich der Vorschlag, Boni und Dividenden bei Inanspruchnahme staatlicher Hilfe zu verbieten. Mir sträuben sich bei dem Gedanken die Haare, wenn ich daran denke, dass ein Unternehmen, welches finanziell so gut dasteht, dass es Boni und Dividenden zahlen kann, vom Staat unterstützt wurde. Wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? Ich dachte, dass die Gaspreisbremse verhindern soll, dass Bürger in die Armut abgleiten oder Unternehmen insolvent werden. Sabine Groß, Meinhard



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Welke, mach was draus!

CSU-Parteitag: „Schubser vom CDU-Chef“, FR-Politik vom 31. Oktober

Söder und Merz im Schulterchluss – da fällt es uns älteren Semestern doch wie Schuppen von den Augen, wenn sie dieses Foto betrachten: Die Banderole mit diesem Symbol des Hand-Shakings: kam mir schwer bekannt vor, und siehe da: Nach Recherchen im Internet war das doch auch fast exakt dieses „Emblem“ das Parteesymbol der SED und auf zahlreichen Flaggen und Abzeichen zu sehen. Ob den Herren das bewusst war – diese Parallele ausgerechnet zum ideologischen Erzfeind? Es zeigt doch eigentlich nur die Borniertheit und Einfallslosigkeit der CDU. Da hat die Politik – mal wieder – eine komödiantische Steilvorlage geliefert: Welke & Co.: Macht, was draus! Barbara Fleischmann, Alsfeld

Welche Zeit soll gelten?

Sommerzeit: „Zeitenwende im Stundenstreit“, FR-Panorama v. 29.10.

Gemäß einer Umfrage sind 80 Prozent der Europäer gegen die Zeitumstellung. Sie stört den Biorhythmus und andere Abläufe. Deshalb läge es nahe, sie abzuschießen. Ich verstehe nicht, weshalb darum gestritten wird, welche Zeit dann gelten soll. Das Nächstliegende wäre dass jedes Land die seiner Zeitzone entsprechende Uhrzeit hätte, wie es in Portugal der Fall ist. Spanien hat keine Probleme mit der westeuropäischen (Greenwich-) Zeit auf den Kanarischen Inseln.

Annegret Benz, Hamburg

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Krieg in Europa – das transatlantische Bündnis nach Russlands Krieg gegen die Ukraine“. Mit Bascha Mika (FR-Autorin), Dominik Tolsdorf (Deutsche Gesellschaft für Äuswärtige Politik) und Reinhard Veser (FAZ).
Donnerstag, 3. November, 19 Uhr
Evangelische Akademie, Römerberg 9, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Heile und herrsche! Eine gesundheitspolitische Tragödie“. Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 3. November, 19.30 (hr Haus am Dom, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Biodiversität in Gefahr: Wie lassen sich unsere Lebensgrundlagen noch retten?“ mit Frauke Fischer (Tropenbiologin, Autorin, Unternehmensberaterin), Hannah Emde (Tierärztin und Artenschützerin aus der ARD-Doku „Hannah goes wild“), Gabriele Hässig (Geschäftsführerin Nachhaltigkeit bei Procter & Gamble) und Kirsten Hegener (GIZ). Eine Veranstaltung von FR, hr-info und GIZ.
Montag, 28. November, 18.30 Uhr
Saalbau Südbahnhof, Hedderichstraße 51, Frankfurt

SORRY

Im Artikel „Oh wie klein ist Kanada“ (22.10., S.46) haben wir über das Miniaturland in Toronto berichtet. Das Bild zum Text hatte aber leider einen falschen Bildtext. Das abgebildete Schloss steht in Quebec, nicht in Toronto. Es handelt sich um das Château Frontenac.

Bitter, bitter: Einer der bittersten Bitterstoffe ist das Amarogentin, das im Enzian enthalten ist. Bitterstoffe sind oft gesund, aber sie schmecken nun mal nicht. Darüber haben wir im Artikel „Ganz ohne ist auch nichts“ (2.11., S.34) berichtet und dabei die Verhältnisse durcheinandergelassen: Ein Gramm Amarogentin sei selbst in 58 Millionen Litern Wasser noch schmeckbar, haben wir geschrieben. Ganz so schlimm ist es nun auch wieder nicht. Der Fehler bestand darin, dass wir Gramm und Liter verwechselt haben. Wir hätten beim Gramm bleiben sollen. Amarogentin hat einen Bitterwert von 58 000 000. Das heißt, dass ein Gramm davon 58 Millionen Gramm Wasser bitter macht. Wer rechnet das bitte in Liter um?

Der Weisheit letzter Schluss

Zu: „Mietwucher muss bekämpft werden“, FR-Wirtschaft vom 8. Oktober

Ich möchte eine Aussage von Frau Schmid-Balzert hinterfragen und einige Aspekte hinzufügen, die mir in den Diskussionen zu Thema zu selten erwähnt werden.

Schmid-Balzert sagt, dass die Mieten im Umland wegen des Homeoffice gestiegen seien. Dieser Zusammenhang erschließt sich mir nicht. Warum werden Wohnungen im Umland teurer, wenn die Mieter im Homeoffice sind? Die haben doch schon vorher da gewohnt, warum sollten also die Mieten steigen? Während meiner Tätigkeit als Arzt kam es immer wieder vor, dass mir Patienten Schreiben des Sozialamtes zeigten, weil sie, nach Ansicht des Sozialamtes, in zu teuren Wohnungen wohnen würden. Sie wurden aufgefordert, sich eine billigere zu suchen oder mit dem Vermieter zu sprechen, soll ja wohl heißen, dieser möge die Miete reduzie-

ren. Frau Schmid-Balzert sagt: „Dann besteht ein Bestandschutz für die hohe Miete“ und „der Wohnungsmarkt muss staatlich reguliert werden“.

Als Vermieter nehme ich die Summe X als Miete ein. Dieses Einkommen muss ich versteuern, d.h. der Staat bekommt seinen Anteil. Jetzt vermiete ich, aus welchen Gründen auch immer, z.B. für die Summe X minus 20 Prozent. Entsprechend verringert sich meine Steuerlast, aber eben auch die Steuereinnahmen auf der anderen Seite. Glaubt irgendjemand, dass man damit beim Finanzamt durchkommt? Ich glaube gelesen zu haben, dass in der Schweiz der Vermieter, wenn es bei einer Finanzierungsprolongierung (da gab es ja lange Zeit sehr niedrige Zinsen) zu einer geringeren Zinsbelastung für ihn kommt, die Hälfte der Ersparnis an den Mieter weitergeben muss, d.h.

die Miete sinkt. Letztlich sinken damit aber auch die zu versteuernden Einnahmen aus der Vermietung, damit meine Steuerlast und entsprechend die Steuereinnahmen für den Staat. Warum gibt es dies Instrument nicht in Deutschland? Dreimal darf man raten. Und diesem Staat möchte Schmid-Balzer weitere regulatorische Funktionen übertragen?

Ich möchte erinnern an die Aussage von Otto Graf Lambsdorff: Die Menschen müssten sich daran gewöhnen, 25 Prozent ihres Einkommens für Miete auszugeben.

Zu fragen ist auch, warum viele Wohnungen im städtischen Eigentum an Investoren veräußert wurden.
Frau Schmid-Balzert hat Recht, wenn sie gegen Mietwucher ist, aber ob staatliche Interventionen der Weisheit letzter Schluss sind, wage ich zu bezweifeln. Rüdiger Erdmann, Pattensen